

Punkt 17.1 der öffentlichen Sitzung am 19.06.2007

Vorlage Nr. 07-F-01-0074

Radio Rheinwelle erhalten

- Dringlichkeitsantrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 18.06.2007 -

Der nichtkommerzielle Lokalsender 'Radio Rheinwelle' hat sich in Wiesbaden als gute Ergänzung zu den Angeboten der öffentlich-rechtlichen und der privaten Sender etabliert. Er bietet eine unverzichtbare Darstellungsplattform für Wiesbadener Bürgerinnen und Bürger sowie vieler Institutionen. Er erfreut sich wachsender Beliebtheit in weiten Kreisen aller Altersstufen. Auch die Stadtverordnetenversammlung hat der lokalen Radiostation im Rahmen des Beschlusses Nr. 0580 vom 16.11.2006 bescheinigt, dass "...der nichtkommerzielle Lokalsender 'Radio Rheinwelle' sich in Wiesbaden als gute Ergänzung zu den Angeboten des öffentlich-rechtlichen und privaten Rundfunks etabliert hat und einen wichtigen Beitrag zu Pluralität und Meinungsvielfalt in der Region leistet".

Seit der Entscheidung der Landesregierung, im Rahmen der Novellierung des Privatrundfunkgesetzes die Zuschüsse an nichtkommerzielle Lokalsender zu kürzen, schwebt über dem Wiesbadener Sender das Damoklesschwert der Einstellung. Die Landesanstalt für den privaten Rundfunk (LPR), die die Zuschüsse vergibt, muss den kleinen Lokalsendern auf Grund des Regierungsbeschlusses jetzt eine 15 %ige Kürzung zumuten. Das bedeutet für Radio Rheinwelle ca. 10.000 Euro weniger im Budget. Wenn man berücksichtigt, dass die Mitarbeiter ausschließlich ehrenamtlich arbeiten und keine Gehälter beziehen, wird durch die Kürzung zusätzlich eine Unterdeckung bei den Betriebskosten entstehen, die vom Trägerverein des Senders nicht mehr aufgefangen werden kann und die weitere Arbeitsfähigkeit des Senders in Frage stellt.

Deshalb möge der Ausschuss beschließen:

Der Magistrat wird gebeten tätig zu werden und alle Möglichkeiten auszuschöpfen, damit für Wiesbaden der nichtkommerzielle lokale Sender "Radio Rheinwelle" erhalten bleibt – notfalls mit städtischer Finanzunterstützung.

Beschluss Nr. 0066

Der Dringlichkeitsantrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 18.06.2007 betr.

Radio Rheinwelle erhalten

wird unter Wegfall des letzten Halbsatzes und eingedenk der Vorbemerkung in folgender Form angenommen:

Der Magistrat wird gebeten tätig zu werden und alle Möglichkeiten auszuschöpfen, damit für Wiesbaden der nichtkommerzielle lokale Sender "Radio Rheinwelle" erhalten bleibt.

Frau Stadtverordnetenvorsteherin
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Wiesbaden, .06.2007

Spruch
Vorsitzende

Die Stadtverordnetenvorsteherin

Wiesbaden, .06.2007

Dem Magistrat
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Thiels
Stadtverordnetenvorsteherin

Der Magistrat
- 16 -

Wiesbaden, .06.2007

Dezernat III
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Diehl
Oberbürgermeister